

America First: (K)eine neue Idee?

Oberstleutnant Stefan Klein analysiert die Außen- und Wirtschaftspolitik der USA

BÜCKEBURG/MINDEN. Kaum ein Thema bewegt derzeit die außenpolitischen Ressorts so sehr wie die US-Präsidentenwahlen am heutigen Dienstag. Präsident Donald Trump wird von Kritikern vorgeworfen, seit 2017 eine erratische Außen- und Wirtschaftspolitik zu betreiben. Doch ist dies alles wirklich eine Erfindung der Trump-Administration?

Mitnichten. Oberstleutnant Stefan Klein, Kommandeur des Panzerpionier-Bataillons 130 aus Minden, studierte 2016 und 2017 Internationale Sicherheitspolitik an der renommierten Naval Postgraduate School in Monterey, Kalifornien, und hat diese Zeit in seinem Buch „America First?“ verarbeitet. Die Ergebnisse präsentierte er im Rahmen eines Zoom-Vortrages der Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP), Sektion



Oberstleutnant Stefan Klein, derzeitiger Kommandeur der Mindener Pioniere, hat 2016 in Kalifornien studiert und vor der Gesellschaft für Sicherheitspolitik von seinen Erfahrungen berichtet.

FOTO: PR.

Minden, vor rund 30 Teilnehmern.

„Die Interessen der USA an

Europa lassen sich historisch an wenigen Grundlinien festmachen“, stellte Klein fest. Konkret gehe es um das Schaffen von Absatzmärkten und die Nichteinmischung in europäische Angelegenheiten. „Wann immer die USA gezwungen waren, sich militärisch in Europa zu engagieren, dann geschah dies sehr widerwillig und unter großen innenpolitischen Anstrengungen gegen den Widerstand von sogenannten Isolationisten.“ Erst nach dem Zweiten Weltkrieg fanden sich die USA in die Rolle als Hegemonialmacht und Führer einer westlichen Wertegemeinschaft ein. Die Gründung der NATO 1949 und deren Militarisierung sei nicht zuletzt auf Druck der europäischen Partner und wegen der Notwendigkeit erfolgt, Verbündete gegen die wachsende kommunistische Bedrohung zu finden. Die USA woll-

ten vor allem die Sowjetunion eindämmen und damit das Entstehen einer neuen Supermacht verhindern. Doch das militärische Engagement der USA in der NATO sei nicht bedingungslos gewesen, so Klein. Zur Beruhigung der zahlreichen Kritiker einer Bindung an Europa hätten die Amerikaner von Anfang an einen gleichwertigen militärischen Beitrag der europäischen Partner gefordert, so Klein. Die Debatte um eine faire Lastenteilung sei damit so alt wie die NATO selbst.

USA und Europa brauchen einander: „Der Präsident verspricht Truppen zurückzuziehen und Kriege zu beenden. Er will die immensen Kosten militärischer Abenteuer reduzieren und das Geld lieber zugunsten seiner Landsleute in den USA ausgeben. America First!“, sagte Klein. Damit bediene er eine große Klientel an

Gegnern amerikanischer Einmischungspolitik in der Welt. Amerika könne sich jedoch nicht abkapseln, das wisse auch Trump.

„Zudem sind die innen- und außenpolitischen Herausforderungen, vor denen die USA stehen, so schwerwiegend, dass der Präsident handeln muss, ob er nun Biden oder Trump heißt. Die kritischen Themen gegenüber Europa werden im Großen und Ganzen unverändert bleiben“, stellte Klein deutlich heraus. „Unter einem Präsidenten Biden werden sich einzig die Art und Weise und der Tonfall, mit dem Politik gemacht wird, wieder ändern.“ Doch dass Joe Biden die Wahl gewinnt, sei keinesfalls sicher, denn Trump habe stabile Unterstützung.

Was bedeutet das für die Zukunft? Sicherheitspolitisch würden die USA unverändert

an ihrer Hegemonialrolle festhalten und eine faire Lastenteilung von den Verbündeten einfordern. Den Amerikanern gehe es um die Eindämmung russischer und vor allem chinesischer Supermacht-Ansprüche. Wirtschaftlich soll eine unverändert aggressive Handelspolitik dafür sorgen, vorhandene Außenhandelsdefizite auszugleichen. Eine solche „America First“-Politik bediene sich damit lediglich altbekannter Elemente, fasste Klein zusammen.

Trotz aller Defizite dürfe man in der Rückschau die Politik der Trump-Administration nicht überbewerten. „Wichtig ist, dass wir die traditionell guten und engen Beziehungen zu den USA nicht an der Person des Präsidenten festmachen. Europa und die USA brauchen einander“, schloss Klein seinen rund 60-minütigen Vortrag.